

Zur künftigen Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg und möglichen Auswirkungen in ausgewählten Gesellschaftsbereichen

In den kommenden drei Jahrzehnten wird die baden-württembergische Bevölkerung einen tief greifenden Wandel ihrer Altersstruktur erleben. Ein Drittel der Bevölkerung wird dann 60 Jahre und älter sein und damit doppelt so stark vertreten sein wie die nachwachsende Generation. Kindergärten und Schulen müssen sich schon in diesem Jahrzehnt auf zum Teil deutlich rückläufige Zahlen von Kindern und Jugendlichen einstellen. Wachsende Herausforderungen werden sich für das System der sozialen und gesundheitlichen Sicherung spätestens dann ergeben, wenn der „Babyboom“ aus den 60er-Jahren um das Jahr 2020 verstärkt ins Seniorenalter hineinrückt. Was bedeutet der kaum abwendbare Alterungsprozess für unsere Gesellschaft sowie für einzelne Politikfelder?

Vorbemerkung

Die Entwicklung der Bevölkerungszahlen und -strukturen reicht mit ihren Auswirkungen in viele gesellschaftspolitische Handlungsfelder hinein. Der Bereich „Bevölkerung“ ist diesen Bereichen quasi vorgelagert und übt dort Einflüsse aus, die bei Planungs- und Gestaltungsaufgaben keinesfalls vernachlässigt werden dürfen.

Diese Zusammenhänge sind in jüngerer Zeit wieder verstärkt in den Blickpunkt der öffentlichen Diskussion gerückt. Fragen zum Fortbestand bzw. zum Umbau unserer gegenwärtigen Systeme der Rentensicherung, der Gesundheitsversorgung und Pflege im Alter, Fragen zu den gesellschaftlichen Auswirkungen des „kollektiven Alterns“ der Bevölkerung, zu einem drohenden Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, zur Zuwanderung und zu Quantität und Qualität von Kinderbetreuungseinrichtungen bezeichnen nur eine Auswahl von Themenpunkten mit besonderer Relevanz.

Die Auswirkungen demografischer Vorgänge und Strukturveränderungen werden häufig erst allmählich sicht- und spürbar. In diesem Moment ist jedoch die zugrunde liegende demografische Entwicklung nicht mehr kurzfristig aufzuhalten oder umzukehren, weil es sich hier um langfristig wirksame Prozesse handelt. Sich rechtzeitig auf die sich abzeichnenden Veränderungen einzustellen, ist für die Planung und Gestaltung in den einzelnen Handlungsfeldern auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene unerlässlich. Wesentliche Informationsgrundlagen hierzu liefern die regelmäßig aktualisierten Ergebnisse von Voraussrechnungen der amtlichen Statistik zur künftigen Bevölkerungsentwicklung.

In diesem Beitrag soll anhand einiger Beispiele erläutert werden, welche Möglichkeiten die zunächst quantitativen Informationen der Bevölkerungsvorausrechnungen bieten, um aus den demografischen Grunddaten heraus Erkenntnisse über künftige Gesellschaftsstrukturen zu erlangen und unter Umständen auch möglichen Handlungsbedarf abzuschätzen.¹

¹ Auch an dieser Stelle muss vermerkt werden: Die demografischen Voraussrechnungen bieten nicht nur vielfältige Erkenntnismöglichkeiten. Sie haben selbstverständlich auch Grenzen, die bei der Bewertung der Ergebnisse und Schlussfolgerungen stets zu beachten sind. Bevölkerungsvorausrechnungen dürfen nicht als „Vorhersagen“ missverstanden werden. Ihre Ergebnisse gelten nur unter den gesetzten Annahmen zur weiteren Entwicklung des generativen Verhaltens, der Sterblichkeit und der Wanderungsströme.

Bevölkerungsvorausrechnungen haben Tradition in der amtlichen Statistik

Das Statistische Landesamt hat bereits Ende der 60er-/Anfang der 70er-Jahre systematische Bevölkerungsvorausrechnungen erstellt. Schon damals wurden diese demografischen Datengrundlagen für Weiterrechnungen in anderen Bereichen genutzt. Zunächst (Ende der 60er-Jahre) wurden sie mit Erwerbspersonenvorausrechnungen kombiniert, wenig später (Anfang der 70er-Jahre) auch mit Haushaltsvorausrechnungen verbunden. Mit der zum 1. Januar 1973 in Kraft getretenen Gebietsreform im Lande verstärkte sich das Interesse, demografisch fundierte Voraussrechnungen als Planungsgrundlagen auch unterhalb der Landesebene zu nutzen. Daher wurden in der ersten Hälfte der 70er-Jahre Bevölkerungs- und Erwerbspersonenvorausrechnungen für die neuen 44 Stadt- und Landkreise durchgeführt. Seit Mitte der 90er-Jahre ist das Informationsangebot erweitert worden um Bevölkerungsvorausrechnungen auch auf Gemeindeebene.²

Das heutige Rahmenkonzept des Statistischen Landesamtes für bevölkerungsbezogene Voraussrechnungen umfasst mehrere Module (vgl. Übersicht). Diese Module werden allerdings nicht immer gleichzeitig erstellt. Grundlage bilden in aller Regel die Bevölkerungsvorausrechnungen auf Landesebene.³ Darauf basierend erfolgen Voraussrechnungen der Erwerbspersonen, Privathaushalte, Schülerzahlen und neuerdings auch des Bedarfs an beruflichen Ausbildungsplätzen. Zugleich stellen die Landesvoraussrechnungen Rahmendaten für die kleinräumigen Voraussrechnungen zur Verfügung. Die gegenwärtig noch aktuellen Bevölkerungsvoraussrechnungen bilden – für die Landesebene – die 9. zwischen den Statistischen Landesämtern und dem Statis-

² Informationen zum methodischen Konzept und zur Durchführung der kleinräumigen Voraussrechnungen vgl. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Kleinräumige Bevölkerungsvoraussrechnungen bis 2005. Statistik von Baden-Württemberg, Bd. 483, Stuttgart, 1994 – und Stein, Ullrich/Brachatz-Schwarz, Werner: Regionalisierte Bevölkerungsvoraussrechnungen für Baden-Württemberg bis 2010; in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 3/2000, S. 117-122.

³ Diese Bevölkerungsvoraussrechnungen werden zum einen – etwa alle fünf Jahre – als zwischen den Statistischen Landesämtern und dem Statistischen Bundesamt koordinierte Voraussrechnungen durchgeführt. Koordiniert bedeutet hier, dass die Annahmen zur künftigen Entwicklung des generativen Verhaltens, der Sterblichkeit sowie der Wanderungsbewegungen über die Landes- und Bundesgrenzen bundesweit abgestimmt, dabei aber länderspezifisch unterschiedlich formuliert werden. Zum anderen führt das Statistische Landesamt in der Regel jeweils zwischen zwei koordinierten Voraussrechnungen eigene landesinterne Bevölkerungsvoraussrechnungen durch, um aktuelle demografische Entwicklungen berücksichtigen zu können.

tischen Bundesamt koordinierte Vorausrechnung (Basis 31. Dezember 1997) bis zum Jahre 2050 und eine regionalisierte Bevölkerungsvorausrechnung (Basis 31. Dezember 1998) bis zum Jahr 2010 für die Stadt- und Landkreise sowie für Gemeinden mit 20 000 und mehr Einwohnern.⁴ Die Ergebnisse dieser Vorausrechnungen wurden den folgenden Ausführungen zugrunde gelegt.

Die wichtigsten Ergebnisse: Langfristiger Bevölkerungsrückgang bei fortschreitendem Alterungsprozess

Aus heutiger Sicht wird in den kommenden fünf bis zehn Jahren die Einwohnerzahl des Landes noch leicht ansteigen. Bei Annahmen von jahresdurchschnittlichen Wanderungsgewinnen in Höhe von nahezu 27 000 Personen würde das Land um die Jahre 2013/15 etwa 10,6 Millionen Einwohner aufweisen gegenüber rund 10,5 Mill. zum Jahresende 2000. Danach jedoch ist mit einem Rückgang der Bevölkerungszahl zu rechnen. Um 2050 hätte das Land etwa 10 % bis 16 % weniger Einwohner als heute. Die rückläufigen Einwohnerzahlen ergeben sich daraus, dass die angenommenen Wanderungsgewinne zunächst allmählich, später jedoch immer stärker von den wachsenden Sterbefallüberschüssen aufgezehrt und schließlich deutlich übertroffen werden.

⁴ Vgl. hierzu die Kommentierungen zu den verschiedenen Vorausrechnungen in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 3/2000.

Der Bevölkerungsrückgang wird nahezu unausweichlich mit gravierenden Verschiebungen in der Altersstruktur verbunden sein. In Baden-Württemberg lebten seit Bestehen des Landes stets mehr junge (unter 20-Jährige) als ältere und alte Menschen (60-Jährige und Ältere). Dieses hat sich jetzt mit Beginn des neuen Jahrhunderts geändert (vgl. Tabelle 1). Der Anteil der nachwachsenden Generation sinkt allmählich von heute rund 22 % auf etwa 20 % um das Jahr 2010. Langfristig ist jedoch zu erwarten, dass die unter 20-Jährigen im Jahre 2050 nur 16 % der Landesbevölkerung stellen. In einer gegenläufigen Entwicklung dürfte der Anteil der älteren und alten Menschen bereits bis zum Jahre 2010 auf 25 % ansteigen (gegenwärtig knapp 23 %). Auf lange Sicht wäre um das Jahr 2050 mehr als jeder dritte Baden-Württemberger 60 Jahre oder älter (37 %). Die Bevölkerungsgruppe, die im Wesentlichen das Erwerbspersonenangebot bildet – die 20- bis unter 60-Jährigen –, wird nach heutiger Kenntnis in den kommenden zwei Jahrzehnten ihren Bevölkerungsanteil von rund 55 % halten. Danach ist allerdings auch hier mit einer Abnahme zu rechnen, und zwar auf 47 % um die Jahre 2040/2050.

Diese Entwicklungslinien des demografischen Alterungsprozesses sind bereits heute vorprogrammiert, weil insbesondere nach 2020 die geburtenstarken Jahrgänge aus den 60er-Jahren in das Seniorenalter hineinwachsen. Auf der anderen Seite ist aufgrund des rapiden Geburtenrückgangs in den 70er-Jahren und des seitdem anhaltend niedrigen Geburtenniveaus zu erwarten, dass es künftig im Lande deutlich weniger potenzielle Mütter und Väter geben wird als heute. Bei weiterhin anhaltend niedrigen Kinderzahlen je Frau – die Vorausrechnungen gehen auch in Zukunft von etwa 140 Kindern je 100 Frauen aus – hat dies zur Folge, dass die jeweils nachwachsende Generation schwächer besetzt sein wird als ihre Vorgänger. Damit wären aus heutiger

Übersicht

Rahmenkonzept der bevölkerungsbezogenen Vorausrechnungen im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg

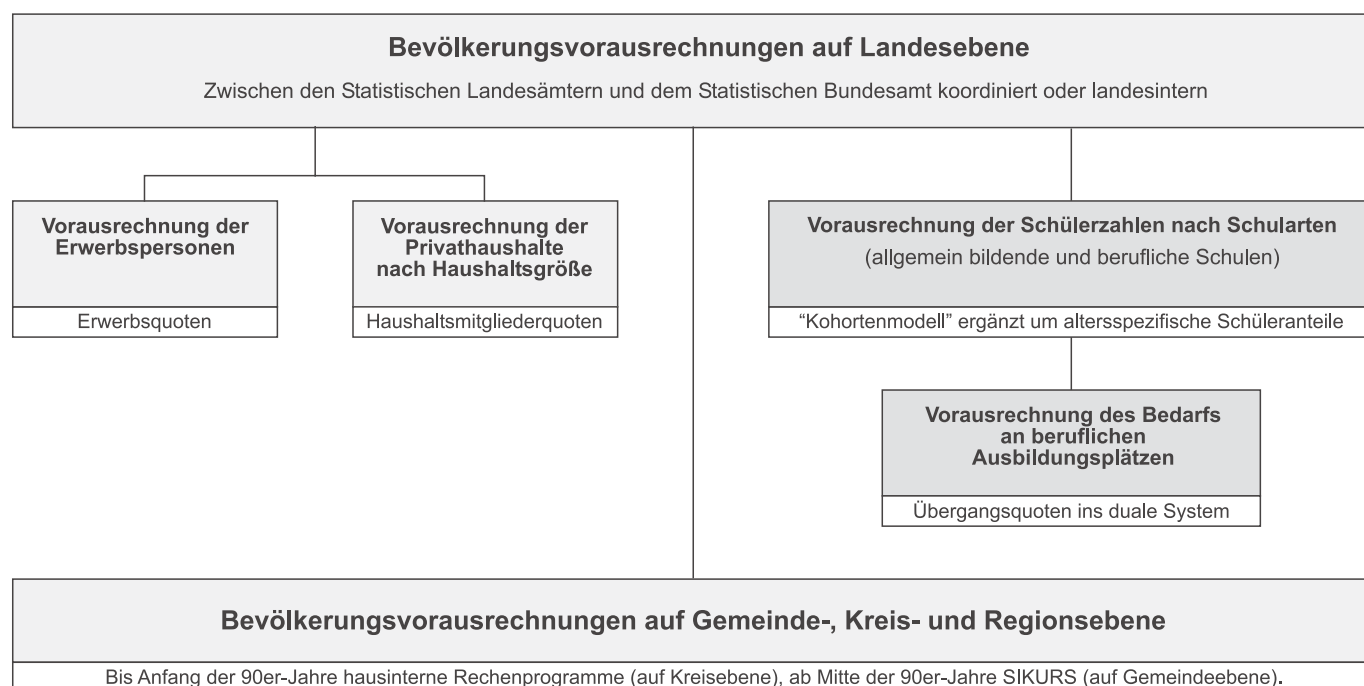


Tabelle 1
Künftige Entwicklung der Bevölkerungszahl in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2050 nach ausgewählten Altersgruppen*)

Jahr 31. 12.	Be- völkerung insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren			Mittleres Alter ¹⁾
		unter 20	20 - 60	60 und mehr	
	1 000	%			Jahre
2000	10 524	22	55	23	39,1
2005	10 533	22	55	24	41,5
2010	10 515	20	55	25	43,6
2015	10 443	19	55	26	45,7
2020	10 338	18	54	29	46,8
2025	10 190	18	51	32	47,3
2030	9 996	18	48	35	47,7
2040	9 464	17	47	36	49,1
2050	8 804	16	47	37	50,3

*) 2000 Ist-Wert, danach 9. koordinierte Bevölkerungsvorausrechnung (Variante: mittlere Zuwanderungen). – 1) Die eine Hälfte der Bevölkerung ist älter als das angegebene Alter, die andere Hälfte jünger.

Sicht die unter 20-Jährigen in drei Jahrzehnten nur noch halb so stark in der Landesbevölkerung vertreten wie die 60-Jährigen und Älteren (Schaubild 1).

Überdurchschnittlicher Anstieg der Zahl alter und hochbetagter Menschen

Mit Blick darauf, dass ältere Menschen mit zunehmendem Alter einem wachsenden Risiko unterliegen, hilfe- oder pflegebedürftig zu werden, kommt der zahlenmäßigen Entwicklung der alten und hochbetagten Menschen besondere Bedeutung zu. Während die Gesamtgruppe der 60-Jährigen und Älteren bereits bis zum Jahr 2015 um rund ein Viertel anwachsen wird, dürfte die Zahl der Hochbetagten – der 85-Jährigen und Älteren – bis dahin sogar um ein Drittel ansteigen, nämlich von heute etwa 200 000 Personen auf etwa 264 000 im Jahre 2015. Langfristig würde sich ihre Zahl mit etwa 570 000 Hochbetagten bis zum Jahr 2050 nahezu verdreifachen.⁵ Die Gesamtzahl der 60-Jährigen und Älteren läge dann mit 3,21 Mill. um rund 50 % höher als gegenwärtig (etwa 2,3 Mill.). Somit ist bei den Hochbetagten mit einem überdurchschnittlichen Anstieg zu rechnen.

Auch wenn es sich hier um eine sehr langfristige Perspektive handelt, so dürfte dieser Teilbereich der Vorausrechnungen von größerer Treffsicherheit gekennzeichnet sein als etwa die Vorausrechnung der künftigen Geborenenzahlen. Denn die 85-Jährigen und Älteren des Jahres 2050 leben bereits heute – sie gehören zu den „Babyboomjahrgängen“ aus den 60er-Jahren. Falls die durchschnittliche Lebenserwartung dieser Jahrgänge noch etwas höher ausfiele als in den Vorausrechnungen angenommen, so könnten sich die hier skizzierten Entwicklungen sogar nur als Untergrenze erweisen.

⁵ Detailliertere Angaben siehe in Cornelius, Ivar: Zur Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2050, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 3/2000, S. 99 f.

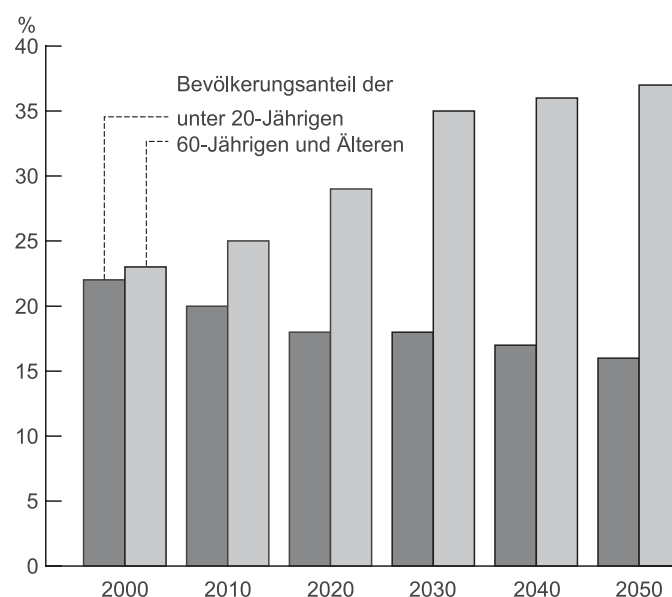
Rückläufige Zahl der Kinder und Jugendlichen

Die in den kommenden Jahren und Jahrzehnten wachsende Zahl älterer und alter Menschen stellt nur eine Seite des demografischen Alterungsprozesses dar – das „Altern von oben“. Zeitgleich ergibt sich aus den zu erwartenden rückläufigen Zahlen von Kindern und Jugendlichen eine Alterung der Bevölkerung „von der Basis“ des Altersaufbaus her. Aus *Tabelle 2* wird ersichtlich, dass nach heutiger Kenntnis zum Beispiel die Zahl der unter 10-Jährigen bis 2010 schon um etwa ein Fünftel (von heute rund 1,15 Mill. auf knapp 930 000) abnehmen wird. Langfristig – um das Jahr 2050 – läge ihre Zahl mit nahezu 680 000 Kindern sogar um etwa 40 % niedriger als heute.

Bei den 10- bis unter 15-Jährigen ist in den kommenden fünf Jahren nur ein leichter zahlenmäßiger Rückgang absehbar (bis 2010 um etwa 6 %), der sich allerdings in der Folgezeit deutlich verstärkt. Demgegenüber kann bei den 15- bis unter 20-Jährigen kurzfristig noch mit leicht ansteigenden Jahrgangsstärken gerechnet werden, weil im gegenwärtigen Jahrzehnt die etwas stärkeren Geburtsjahrgänge von Ende der 80er- und Anfang der 90er-Jahre in diese Altersphase hineinwachsen. Auf längere Sicht ist jedoch auch hier von deutlich geringeren Jahrgangsstärken auszugehen als heute. Während die Zahl der 10- bis unter 15-jährigen Kinder und Jugendlichen in den kommenden fünf Jahrzehnten insgesamt um rund 40 % sinken dürfte, kann bei den 15- bis unter 20-Jährigen eine zahlenmäßige Abnahme von rund einem Drittel gegenüber dem Stand von Ende 2000 erwartet werden.

Die langfristigen demografischen Veränderungen der baden-württembergischen Bevölkerung werden besonders gut in der grafischen Darstellung der Altersstrukturen in den Jahren 2000 und

Schaubild 1
Künftige Entwicklung der Bevölkerungsanteile von nachwachsender und älterer Generation in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2050*)



*) Ergebnisse der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausrechnung, Variante 1: jahresdurchschnittliche Wanderungsgewinne von + 15 500 Personen.

2050 veranschaulicht. Aus *Schaubild 2* wird sowohl das „Altern von unten“ – schwach besetzte Jahrgänge der nachwachsenden Generation – als auch das „Altern von oben“ – relativ starke Besetzungszahlen bei den 60-Jährigen und Älteren – deutlich.

Zunehmende „Belastungen“ der Generation im erwerbsfähigen Alter

Für die nach wie vor zur Diskussion stehenden Fragen zur künftigen Belastung der mittleren, im erwerbsfähigen Alter stehenden Generation durch die kollektiven Unterhaltsverpflichtungen gegenüber den alten und den jungen Menschen spielt die zahlenmäßige Entwicklung dieser Bevölkerungsgruppen eine wesentliche Rolle. In einem beitrags- bzw. umlagefinanzierten Alterssicherungssystem, wie es der Gesetzlichen Rentenversicherung als einem grundlegenden Zweig der gesamten Sozialversicherung in Deutschland noch weitestgehend entspricht, ist es Aufgabe der erwerbstätigen Generation, neben der heranwachsenden (noch nicht erwerbstätigen) Generation auch die älteren (nicht mehr erwerbstätigen) Menschen aus dem jeweils erarbeiteten Sozialprodukt zu unterhalten. Aus demografischer

Tabelle 2
Künftige Entwicklung der Zahl der unter 20-Jährigen in Baden-Württemberg bis 2050 nach ausgewählten Altersgruppen*)

Jahr 31.12.	Be- völkerung insgesamt	Darunter im Alter von ... bis unter ... Jahren				
		unter 3	3 - 6	6 - 10	10 - 15	15 - 20
	1 000					
2000	10 524	328	345	475	612	577
2005	10 533	281	307	457	601	622
2010	10 515	260	271	398	572	611
2015	10 443	259	260	358	498	581
2020	10 338	264	264	351	453	507
2030	9 996	239	252	353	452	454
2040	9 464	207	215	306	418	451
2050	8 804	199	203	277	361	392

*) 2000 Ist-Wert, danach 9. koordinierte Bevölkerungsvorausrechnung (Variante: mittlere Zuwanderungen).

Schaubild 2
Altersgliederung der Bevölkerung in Baden-Württemberg 2000 und 2050

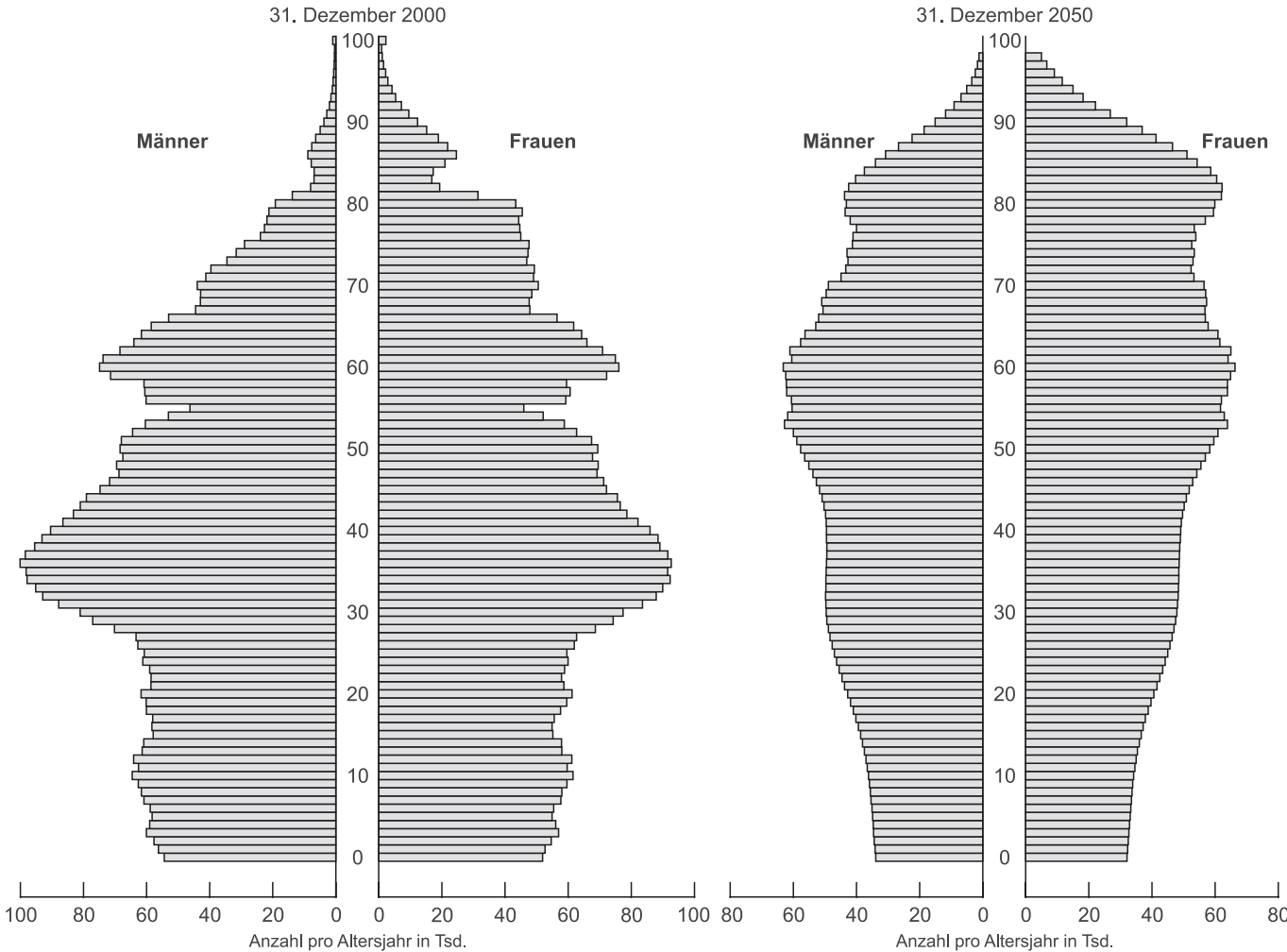
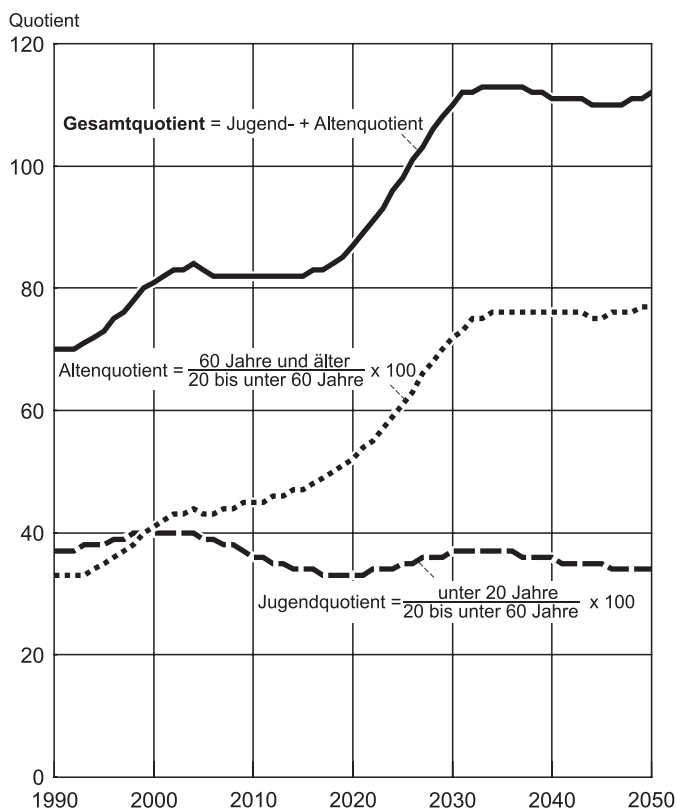


Schaubild 3
Entwicklung des Jugend-, Alten- und Gesamtquotienten in Baden-Württemberg seit 1990 und künftige Entwicklung bis 2050*



*) Bis 2000 Ist-Werte, danach 9. koordinierte Bevölkerungsvorausrechnung (Variante 1: mittlere Zuwanderungen).

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

31 02

Sicht stellen dabei die unter 20-Jährigen, die 20- bis unter 60-Jährigen sowie die 60-Jährigen und Älteren die relevanten Altersgruppen dar. Die Altersabgrenzungen dieser drei „Generationen“ orientieren sich daran, dass heute das durchschnittliche Rentenzugangsalter etwa 60 Jahre beträgt und die Erwerbsbeteiligung der unter 20-Jährigen sehr niedrig ist. Damit bilden die 20- bis unter 60-Jährigen das hauptsächliche Erwerbspersonenpotenzial.

In der Vergangenheit ergab sich eine relativ günstige Entwicklung im zahlenmäßigen Verhältnis der drei Generationen zueinander. Während 1970 auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter etwa 94 Personen im noch nicht und nicht mehr erwerbsfähigen Alter entfielen, belief sich dieses Verhältnis um 1990 auf 100 zu 70. Diese Entwicklung resultierte daraus, dass die Zahlenrelation von unter 20-Jährigen zu den 20- bis unter 60-Jährigen – der Jugendquotient – in diesem Zeitraum stark rückläufig war. Dagegen blieb der Altenquotient – das Zahlenverhältnis von 60-Jährigen und Älteren zu den 20- bis unter 60-Jährigen – nahezu konstant. Während der 90er-Jahre allerdings begann der Altenquotient wieder anzusteigen, sodass zum Jahresende 2000 der Gesamtquotient bei 80 Nichterwerbspersonen zu 100 Erwerbspersonen lag.

Für die weitere Zukunft ist jedoch mit einem deutlich stärkeren Anwachsen des Altenquotienten zu rechnen (*Schaubild 3*). Wenn um 2020 die ersten geburtenstarken Jahrgänge des „Babybooms“

das Rentenalter erreichen, werden 100 Erwerbspersonen etwa 54 Personen im nicht mehr erwerbsfähigen Alter gegenüberstehen – knapp ein Drittel mehr als im Jahre 2000 (100 zu 40). Langfristig würde sich der Altenquotient sogar auf 100 zu 77 (im Jahr 2050) erhöhen. Er wäre dann fast doppelt so hoch wie heute. Gleichzeitig wird der Jugendquotient voraussichtlich zeitweise leicht abnehmen, sodass mittelfristig (2015/2020) eine gravierende Zunahme des Gesamtquotienten nicht zu erwarten ist. Erst danach würde die „Gesamtbelastung“ der erwerbstätigen Generation durch den Anstieg des Altenquotienten erheblich anwachsen. Um das Jahr 2025 könnten 100 Personen im Erwerbsalter bereits ebenso viele Nichterwerbspersonen gegenüberstehen. Zwischen 2030 und 2050 läge die Zahl der noch nicht und nicht mehr Erwerbstätigen zusammen um rund 10 % höher als die Zahl der Erwerbspersonen.⁶

Bei dieser Betrachtungsweise ist allerdings zu beachten, dass es sich um demografische Größen handelt, die nicht ohne weiteres mit Belastungsquoten im ökonomischen Sinne gleichgesetzt werden können. Gleichwohl liefern die demografischen Quotienten wichtige Anhaltspunkte über die Probleme, mit denen nicht nur die aktiv erwerbstätige Generation künftig rechnen muss, sondern auch diejenigen, die von ihr im Rahmen eines Dreigenerationenverbundes ökonomisch unterhalten werden müssen. In diesem Zusammenhang ist auch anzumerken, dass der mittelfristig kaum ansteigende (demografische) Gesamtquotient nicht unbedingt eine Entschärfung der „Belastungsproblematik“ für die erwerbstätige Generation bedeutet. Unterschiedlich verlaufende Jugend- und Altenquotienten können im ökonomischen Sinn nicht einfach gegengerechnet werden. Die Aufwendungen für die nachwachsende Generation beziehen sich auf ganz andere (Infra-)Strukturen (zum Beispiel Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen) als diejenigen für ältere Menschen (Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen, Seniorenwohneinrichtungen). Zudem werden monetäre Leistungen – Kindergeld oder Rentenzahlungen – aus verschiedenen Quellen finanziert.

Auch die Erwerbsbevölkerung „altert“

Der demografische Alterungsprozess kommt nicht nur in dem zahlenmäßigen Verhältnis von „jung“ zu „alt“ oder in der steigenden Zahl älterer und alter Menschen zum Ausdruck. Er findet ebenso innerhalb der Erwerbsbevölkerung – der 20- bis unter 60-Jährigen – statt. Künftig wachsen immer schwächer besetzte Jahrgänge in die Gruppe der Menschen im erwerbsfähigen Alter nach. Gleichzeitig erhalten innerhalb des Erwerbspersonenpotenzials die „Älteren“ zahlenmäßig ein deutlich steigendes Gewicht. Gemessen an dem „Erneuerungsindex“, der das Zahlenverhältnis von „jüngeren“ (20- bis unter 40-Jährigen) und „älteren“ (40- bis unter 60-Jährigen) Erwerbspersonen misst, zeigt sich, dass Ende 2000 die Zahl der „Jüngeren“ die der „Älteren“ noch um etwa 10 % überstieg. Aber bereits in wenigen Jahren werden stets mehr „Ältere“ als „Jüngere“ in der erwerbsfähigen Bevölkerung vertreten sein.

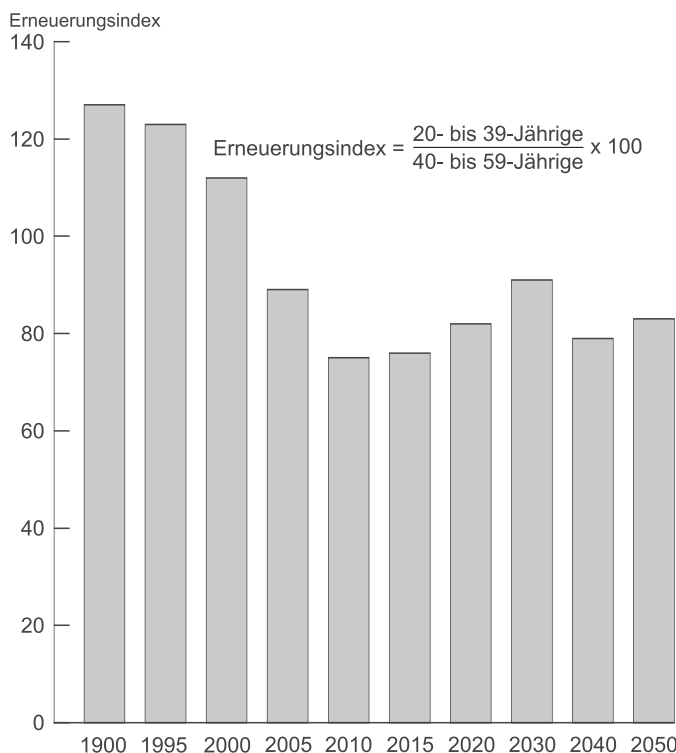
⁶ Setzt man vor dem Hintergrund der Diskussionen um die Verlängerung der Lebensarbeitszeit das durchschnittliche Rentenzugangsalter auf 65 Jahre fest, liegen die Quotienten erwartungsgemäß niedriger, weil die „Belastung“ durch Junge und Alte auf eine größere Erwerbsbevölkerung verteilt werden. Gleichwohl ändern sich Richtung und Ausmaß der künftigen Entwicklung der demografischen „Belastung“ der erwerbsfähigen Bevölkerung nicht. Auch in diesem Falle ergibt sich langfristig eine Verdoppelung des Altenquotienten und eine Zunahme des Gesamtquotienten um ein Drittel. Allerdings wäre bei einer verlängerten Lebensarbeitszeit die Erwerbsbevölkerung stets größer als die Zahl der Nichterwerbspersonen.

Um das Jahr 2010 läge die Zahl der 20- bis unter 40-Jährigen etwa ein Viertel niedriger als die der 40- bis unter 60-Jährigen (Schaubild 4). In den Folgejahren fällt dieses Zahlenverhältnis nur wenig günstiger aus. Es bleibt – und dies verstärkt sich langfristig wieder – bei dem strukturellen Problem einer deutlich „alternden“ Erwerbsbevölkerung. In diesem Zusammenhang wird häufig die These genannt, dass junge Erwachsene in der Regel innovationsfreudiger und innovationsfähiger seien als ältere. Dies sei besonders in der aktuelleren beruflichen Erstausbildung der Jüngeren sowie ihrer höheren Mobilität und Flexibilität begründet, während ältere Erwerbspersonen allerdings über einen deutlich größeren beruflichen und sozialen Erfahrungsschatz verfügten. Deshalb spreche einiges dafür – so die These weiter –, dass eine gleichmäßigere Altersstruktur mit einem entsprechend hohen Anteil jüngerer Arbeitskräfte günstigere Voraussetzung dafür bietet, um in Zukunft die zu erwartenden Herausforderungen auf wirtschaftlichem, technischem und gesellschaftlichem Gebiet zu bestehen.

Ohne das Für und Wider dieser These hier im Einzelnen diskutieren zu können, lässt sich aus den künftig zu erwartenden Altersstrukturen der Bevölkerung der Schluss ziehen, dass Innovationen sowie die Bewältigung des technischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandels in Zukunft mehr als bisher von der „älteren“ aktiven Bevölkerung getragen werden müssen. Insofern werden das Lernen im Beruf, die berufliche Fortbildung sowie Um- und Neuqualifizierungen auch im höheren Erwerbsalter eine noch stärkere Bedeutung erhalten als bislang.

Schaubild 4

Entwicklung des Erneuerungsindex des Erwerbspersonenpotenzials in Baden-Württemberg seit 1990 und künftige Entwicklung bis 2050*)



*) Bis 1995 Ist-Werte, danach 9. koordinierte Bevölkerungsvorausrechnung (Variante 1: mittlere Zuwanderungen).

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

32 02

Wachsende Nachfrage nach Leistungen im Gesundheitswesen

In baden-württembergischen Krankenhäusern werden gegenwärtig rund 1,8 Mill. Patienten pro Jahr stationär behandelt. In etwa jedem zwölften Fall sind die Patienten Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren, in jedem dritten Fall sind es ältere und alte Menschen im Alter von 65 und mehr Jahren. Auch bezogen auf die Bevölkerung in den einzelnen Altersgruppen zeigt sich, dass die Krankenhaushäufigkeit insbesondere im Alter deutlich ansteigt. So lag 1999 die Krankenhaushäufigkeit der 75 Jahre und älteren Menschen rund viermal so hoch wie die der Erwachsenen im Alter von 35 bis unter 45 Jahren.

Angesichts der altersspezifisch unterschiedlich starken Inanspruchnahme stationärer Gesundheitsleistungen ist in Zukunft als Folge der absehbaren Altersstrukturverschiebungen mit zunehmenden Patientenzahlen zumindest bei den älteren Menschen zu rechnen. Schreibt man die heutigen Verhältnisse für die kommenden Jahre und Jahrzehnte fort, so würden um das Jahr 2020 etwa 2,08 Mill. Patienten – das sind 15 % mehr als heute – stationär zu behandeln sein. Bis 2050 könnte sich diese Zahl auf rund 2,16 Mill. Krankenhauspatienten (+ 20 %) erhöhen. Dabei würde sich der Anteil der 75-jährigen und älteren Patienten an allen stationär Behandelten von heute rund 18 % über rund 25 % im Jahre 2020 bis 2050 auf etwa 37 % verdoppeln.

Inwieweit sich diese allein aus der demografischen Entwicklung resultierenden Veränderungen auch nachhaltig in den Kosten für stationäre Behandlungen niederschlagen, lässt sich in dieser skizzenhaften Betrachtung nicht analysieren. Wie die vielen verschiedenen Ansätze und Stufen von Gesundheitsreformen in der Vergangenheit zeigen, wirkt im Gesundheitswesen – das gilt auch für den stationären Bereich – eine Vielzahl von Faktoren auf die Kostenentwicklung, wobei demografische Strukturveränderungen vermutlich nicht einmal den entscheidenden Aspekt darstellen. Zu nennen sind hier beispielsweise gesetzliche Regelungen im Gesundheitswesen, Organisationsstrukturen, das Gesundheitsverhalten (einschließlich des Inanspruchnahmeverhaltens medizinischer Leistungen), die Weiterentwicklung medizinischer Behandlungsmethoden, die Personalstruktur und Bettenauslastung in den Krankenhäusern.⁷

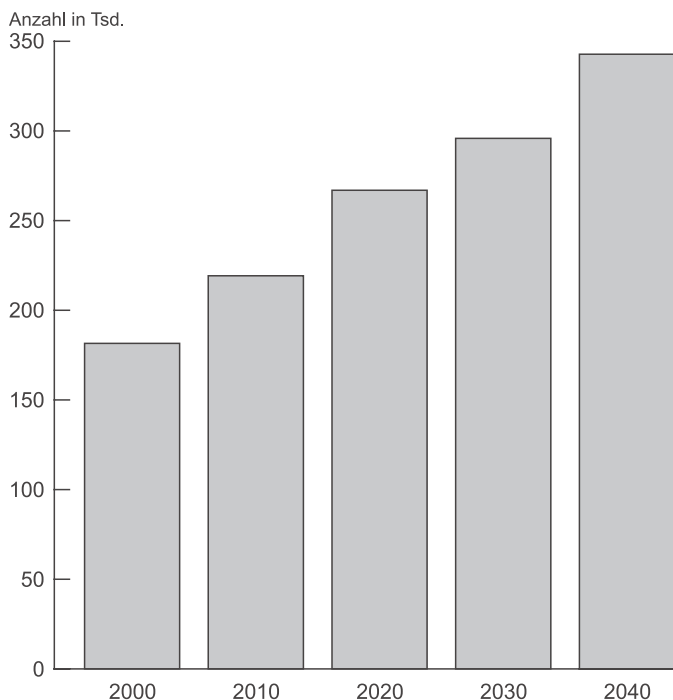
Gleichwohl sind durch die Altersstrukturverschiebungen generell Schwerpunktverlagerungen im Krankheitsgeschehen und damit auch im gesamten System der Gesundheitsversorgung zu erwarten. Nicht zuletzt die Multimorbidität im Alter dürfte bei einer wachsenden Zahl älterer und alter Menschen dazu führen, dass gerontologische und geriatrische Aspekte weiter in den Vordergrund rücken.

Besondere Herausforderungen: Pflegebedürftigkeit im Alter und ...

Eine sehr tief greifende Konsequenz der absehbaren demografischen Veränderungen in den kommenden Jahrzehnten be-

⁷ In einem ausführlichen Gutachten über die Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf die Kosten im Gesundheitswesen wurden bereits Anfang der 80er-Jahre diese Zusammenhänge detailliert untersucht. Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf Leistungsnachfrage und Ausgaben im Gesundheitswesen, Gesundheitsforschung Forschungsbericht 95, Bonn, 1983.

Schaubild 5
Mögliche Entwicklung der Zahl älterer pflegebedürftiger Menschen in Baden-Württemberg bis 2040*)



*) Modellrechnung auf Basis der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausrechnung (Variante 1) und Angaben zur altersspezifischen Prävalenz der Pflegebedürftigkeit nach Ergebnissen der Pflegestatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

33 02

trifft den Bereich der Pflegebedürftigkeit und die Sicherung der Pflegemöglichkeiten. Wie bereits erwähnt, muss künftig von einem – im Vergleich zur Gesamtgruppe der älteren Menschen – überproportionalen Anstieg der Zahl Hochbetagter ausgegangen werden. Wenn auch in Zukunft wie heute rund 40 % der 85-Jährigen und Älteren pflegebedürftig sind, so ist dies ein deutlicher Hinweis, dass dann besondere Anforderungen an die Pflegeleistungen der Familien und der gesellschaftlichen Netzwerke der Altenhilfe und -betreuung zukommen.

Bestehen die heutigen Risiken, im Alter pflegebedürftig zu sein, auch künftig in dieser Quantität weiter, so würde sich die Zahl der Pflegebedürftigen im Alter von 60 und mehr Jahren in den nächsten vier Jahrzehnten fast verdoppeln. Anfang des Jahres 2000 gab es in Baden-Württemberg knapp 180 000 Pflegebedürftige in diesem Altersbereich, die zu Hause oder in einer Einrichtung gepflegt wurden. Bis zum Jahr 2040 könnte diese Zahl auf rund 340 000 ansteigen (*Schaubild 5*).⁸

Die Betreuung und Pflege alter Menschen erfolgt hauptsächlich außerhalb von Einrichtungen, das heißt entweder in den eigenen vier Wänden oder in den Haushalten von Familienangehörigen.

⁸ Diese Modellrechnung impliziert durch die Annahme, dass auch künftig die gleichen altersspezifischen Risiken bestehen, pflegebedürftig zu sein, wie heute, dass die älteren und alten Menschen von morgen keinen nachhaltig besseren Gesundheitszustand aufweisen werden als diejenigen von heute. Im Dritten Bericht der Bundesregierung zur Lage der älteren Menschen (2001) wird allerdings zum Ausdruck gebracht, dass diese Annahme angesichts neuer medizinischer Forschungsergebnisse in Zukunft nicht in vollem Umfang zutreffen dürfte.

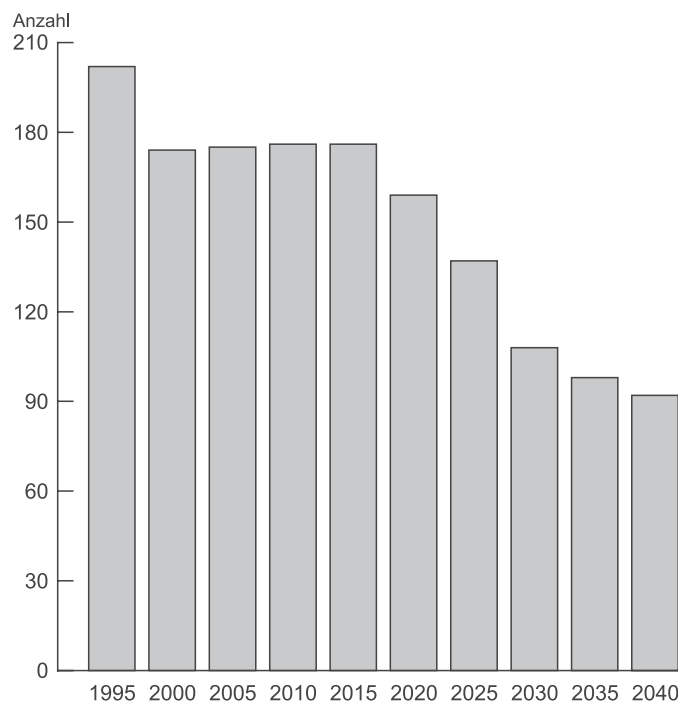
Zu Beginn der 80er-Jahre betraf dies bundesweit nach Angaben des Vierten Familienberichts der Bundesregierung (1986) etwa 90 % der Pflegebedürftigen, heute sind es in Baden-Württemberg nach Ergebnissen der Pflegestatistik etwa 70 %, die sich nicht in stationärer Pflege befinden.⁹ Aufgrund der heutigen Familienstrukturen ist jedoch absehbar, dass die familiären Verwandtschaftsnetze der alten Menschen von morgen deutlich kleiner sein werden, als dies bei früheren Generationen der Fall war. Dafür spricht, dass zum Beispiel von den Geburtsjahrgängen aus der Mitte der 60er-Jahre voraussichtlich 25 % der Frauen und gut 30 % der Männer zeitlebens nicht heiraten und nahezu 30 % der Frauen dieser Jahrgänge kinderlos bleiben werden. Hinzu kommt eine steigende Scheidungshäufigkeit der Ehen. Vom Heiratsjahrgang 1970 sind bislang 25 % der seinerzeit geschlossenen Ehen geschieden worden. Bei den Mitte der 80er-Jahre eingegangenen Eheschließungen wird aus heutiger Sicht mit einer Scheidungsquote von rund einem Drittel gerechnet.¹⁰ Demgegenüber ist bei den Älteren von heute – etwa den um 1930/35 Geborenen – Ehe- und Kinderlosigkeit viel stärker die Ausnahme.

⁹ Vgl. Weber, Matthias/Pristl, Karl: Erste Ergebnisse der neuen Pflegestatistik in Baden-Württemberg; in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 8/2001, S. 364-369.

¹⁰ Diese erwarteten Trends werden voraussichtlich zu einer weiteren Ausdifferenzierung der verschiedenen Formen des Zusammenlebens führen als heute – unter anderem mit einer größeren Verbreitung unterschiedlicher nicht eheverbundener Lebensformen. Sie bedeuten gleichwohl nicht, dass die künftigen Lebensformen von sehr weit gehender Bindungslosigkeit gekennzeichnet sein werden.

Schaubild 6
Modellrechnung zum nicht professionellen Pflegepersonenpotenzial für Baden-Württemberg bis 2040*)

Für jeweils 100 Pflegebedürftige im Alter von 60 und mehr Jahren stehen ... nicht erwerbstätige Frauen im Alter von 45 bis unter 60 Jahren gegenüber



*) Pflegepersonenpotenzial: Nicht erwerbstätige Frauen im Alter von 45 bis 60 Jahren bezogen auf die Zahl der Pflegebedürftigen. Zahl der nicht erwerbstätigen Frauen auf Basis der Frauenerwerbsbeteiligung 2000 ohne Berücksichtigung des Ausmaßes der Erwerbstätigkeit. Bis 2000 Ist-Werte, danach Vorausrechnung auf Basis der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausrechnung.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

34 02

... Sicherung der Pflegemöglichkeiten

Mit dem Schrumpfen der Verwandtschaftsnetze werden die Alten von morgen im Bedarfsfall weniger Unterstützungsleistungen aus dem unmittelbaren Familienkreis erwarten können. Somit müssen in Zukunft mehr als bisher familiäre Pflegeleistungen auf außerfamiliäre Einrichtungen übertragen werden. Gleichwohl stellt sich generell die Frage, wie viele „helfende Hände“ künftig für Pflegeaufgaben zur Verfügung stehen. Dies mag die folgende Modellrechnung zum „Pflegepersonenpotenzial“ veranschaulichen. Sie geht davon aus, dass die Pflege besonders in Privathaushalten in aller Regel von Frauen geleistet wird, die ihre eigene Familienbildung abgeschlossen haben, sich im Alter von 45 bis unter 60 Jahren befinden und keiner außerhäuslichen Erwerbstätigkeit nachgehen. Unter diesen Bedingungen stehen heute 100 Pflegebedürftigen im Alter von 60 und mehr Jahren „helfende Hände“ von rund 166 Pflegepersonen gegenüber (*Schaubild 6*). Dieses Zahlenverhältnis würde auf mittlere Sicht (bis um das Jahr 2015) noch bestehen bleiben. Danach jedoch stünden aufgrund der demografischen Entwicklung immer weniger potenzielle (weibliche) Pflegepersonen bei zunehmender Zahl von Pflegebedürftigen zur Verfügung. Bis zum Jahr 2040 könnte sich das „Pflegepersonenpotenzial“ – also die zahlenmäßige Relation von „helfenden Händen“ zu Pflegebedürftigen – gegenüber heute nahezu halbieren.

Kindergartenplanungen vor dem Hintergrund eines weiteren Geburtenrückgangs

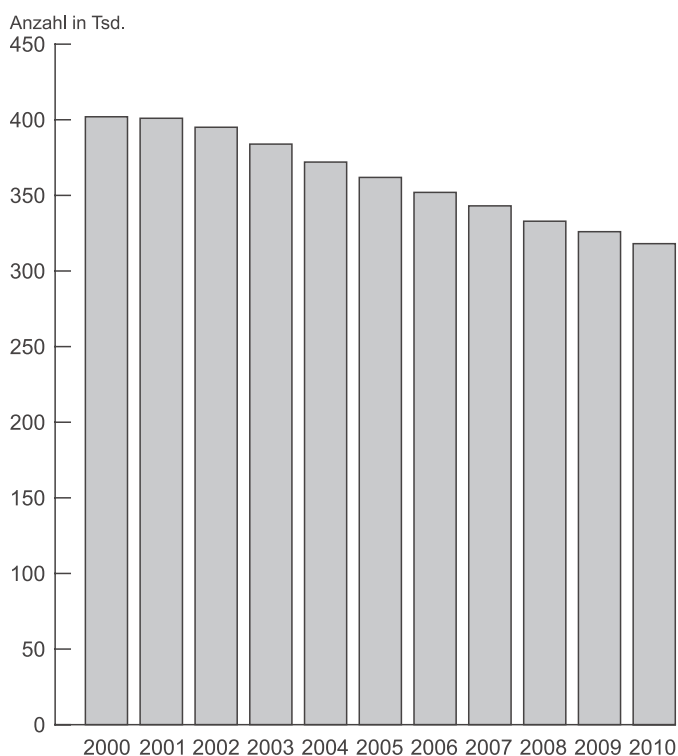
Die Auswirkungen der absehbaren Altersstrukturverschiebungen in der baden-württembergischen Bevölkerung schlagen sich im Bereich der Kindergartenplanung bereits deutlich früher nieder als zum Beispiel im Pflegebereich. Bei Fortbestehen der gegenwärtigen generativen Verhaltensstrukturen ist in den kommenden Jahren mit einem neuen Schub des langfristigen Geburtenrückgangs zu rechnen. Mit rund 106 000 Lebendgeborenen kamen im Jahre 2000 etwa 10 % weniger Kinder zur Welt als noch 1990. Nach den jüngsten Bevölkerungsvorausrechnungen würde die Zahl der Lebendgeborenen bis zum Jahr 2005 auf rund 91 000 Kinder sinken; um das Jahr 2010 läge die jährliche Geborenenzahl bei etwa 87 000 Kindern.

Zum Jahresende 2000 lebten im Lande ungefähr 402 400 Kinder im Alter von 3 bis unter 7 Jahren, die dem Kindergartenalter zugerechnet werden können. Bereits ab 2003 ist durch das Nachwachsen schwächer besetzter Geburtsjahrgänge in diesem Altersbereich mit einem raschen Rückgang zu rechnen. Während im Jahr 2003 die Zahl der Kindergartenkinder mit 384 000 knapp 5 % niedriger ausfiel als Ende 2000, dürfte sich die Abnahme bis zum Jahr 2010 auf rund 20 % gegenüber heute belaufen. Dann wären landesweit 318 000 Kinder mit Kindergartenplätzen zu versorgen (*Schaubild 7*). In den Folgejahren ist nach heutiger Einschätzung ein weiter rückläufiger Trend zu erwarten. Langfristig (bis 2030) könnte die Zahl der Kindergartenkinder im Land auf etwas unter 300 000 sinken.¹¹

Da die Kindergartenplanung als in erster Linie kommunale Aufgabe in den Gemeinden des Landes erfolgt, können die landesbezogenen Voraussrechnungsergebnisse lediglich als allgemei-

Schaubild 7

Mögliche Entwicklung der Zahl der Kindergartenkinder in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2010*)



*) Es werden 3,5 Jahrgänge im Alter von 3 bis unter 7 Jahren angesetzt. 2000 Ist-Wert, danach Voraussrechnung (Variante 1: mittlere Zuwanderungen).

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

35 02

ner Orientierungsrahmen dienen. Die Erfahrungen zeigen, dass die Entwicklungen auf kleinräumiger Ebene, besonders bei kleinen Gemeinden, nicht selten von den landesweiten Tendenzen abweichen, und zwar in der zeitlichen Entwicklung wie auch in der Entwicklungsrichtung. Informationsgrundlagen hierzu bieten in Baden-Württemberg die Ergebnisse der eingangs genannten regionalisierten Bevölkerungsvorausrechnungen.

Als Beispiel sei die Entwicklung der Zahl an Kindergartenkindern bis zum Jahr 2010 in einer Großen Kreisstadt mit 40 000 bis 50 000 Einwohnern genannt. Hier lebten Anfang des Jahres 2000 rund 1 600 Kinder im Kindergartenalter. Nach einem leichten Anstieg in den beiden folgenden Jahren ist auch hier – wie im Landesdurchschnitt – ab 2003 mit einer deutlichen Abnahme der Zahlen zu rechnen. Im Jahr 2005 wären mit rund 1 430 Kindern etwa 11 % weniger mit Kindergartenplätzen zu versorgen als heute, im Jahr 2010 (ungefähr 1 260 Kinder) rund 21 % weniger. Damit stehen Entscheidungshilfen zur Verfügung, wenn auf kommunaler Ebene angesichts der zurzeit häufig noch höheren Kinderzahlen zum Beispiel über den Neubau oder die Neueinrichtung eines Kindergartens entschieden werden muss.

Schlussbemerkung

Die vorstehend genannten Beispiele zu möglichen Auswirkungen der künftigen Bevölkerungsentwicklung stellen nur einen kleinen Ausschnitt der Themenpunkte dar, die durch demo-

¹¹ Auch wenn gegenwärtig keine Anzeichen in den generativen Verhaltensstrukturen sichtbar sind, die auf eine zunehmende durchschnittliche Kinderzahl je Frau schließen lassen, so kann eine Voraussrechnung von Kinderzahlen über mehrere Jahrzehnte hinweg nur den Charakter einer Modellrechnung besitzen.

grafische Faktoren berührt werden. Zu ergänzen wären unter anderem die Auswirkungen im Schulbereich¹², auf dem Arbeitsmarkt, auf ökonomische Größen wie Konsumstrukturen, Sparneigung und Investitionen oder auf andere Zweige des Sozial- und Gesundheitssystems (etwa Jugendhilfe oder Berufe des Gesundheitswesens). Zwar ziehen sich die Einflüsse demografischer Veränderungen durch nahezu alle Bereiche der Gesellschaft, sie wirken jedoch nicht immer so direkt in diese Felder ein wie zum Beispiel im Fall der Kinderbetreuung im Vorschulalter oder der Entwicklung von Schülerzahlen. Darüber hinaus stellen demografische Faktoren häufig nur eine von vielen anderen Einflussgrößen dar, deren Bedeutung wiederum die demografischen Einflüsse deutlich überlagern kann (Beispiel Gesundheitswesen).

Die Auswirkungen der künftigen Bevölkerungsentwicklung dürften ebenfalls in qualitative Aspekte der Gesellschaftsstruktur hineinreichen. Einer der umfassenderen Fragenkreise bezieht sich in diesem Zusammenhang auf die Art des Umgangs und des Zusammenlebens der Generationen miteinander. So ist heute kaum abzuschätzen, was es bedeutet, wenn in drei, vier Jahrzehnten die nachwachsende Generation nur noch halb so

stark in der Landesbevölkerung vertreten sein wird wie die ältere Generation. Hinzu kommt, dass sich die „Alten von morgen“ im Ausbildungsstand deutlich von den „heutigen Alten“ unterscheiden werden. Aufgrund der gegenwärtigen Bildungsstrukturen lässt sich absehen, dass rund ein Viertel der 65- bis unter 70-Jährigen des Jahres 2030 schulisch die Hochschulreife erlangt und jeder Sechste ein Hochschulstudium abgeschlossen hat. Von den Gleichaltrigen von heute weist nur etwa ein Zehntel den höheren Schulabschluss auf, jeder 17. einen Universitätsabschluss. Offen bleibt gegenwärtig auch die Frage, wie sich abzeichnende Veränderungen demografischer und gesellschaftlicher Strukturen auf das Wahlverhalten auswirken, das heute durchaus deutliche Unterschiede bei Jung und Alt aufweist.

Bislang hat unsere Gesellschaft den vielfältigen Strukturwandel als allmählichen Prozess mit einzelnen Phasen rascherer, aber auch langsamerer Veränderungen erlebt. Auch künftig dürfte ein fortschreitender Wandel der Gesellschaftsstrukturen kein plötzlich auftretendes Ereignis sein. Dennoch ist es wichtig, sich angesichts der Langfristwirkungen demografischer Vorgänge rechtzeitig auf derartige Veränderungen einzustellen. Mittel und Wege hierzu könnten in einer Mischung aus – häufig unvermeidbaren – Anpassungsstrategien in einzelnen Gesellschaftsbereichen bestehen und in Gegensteuerungsmaßnahmen, zu denen aus demografischer Sicht auch eine gezielte Zuwanderung gehören würde.

Ivar Cornelius

¹² Hierauf wurde an dieser Stelle verzichtet, weil in Baden-Württemberg regelmäßig – aufbauend auf Bevölkerungsvorausrechnungen – eigenständige Schülervorausrechnungen durchgeführt und kommentiert werden. Vgl. zuletzt Wolf, Rainer: Voraussichtliche Entwicklung von Schüler- und Schulabgängerzahlen bis zum Jahr 2015; in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 3/2000, S. 103-111.



STATISTISCHES LANDESAMT
BADEN-WÜRTTEMBERG

Statistik im Taschenbuchformat Aus dem Inhalt:

- *Staat und Staatsgebiet*
- *Bevölkerung*
- *Wirtschaft*
- *Finanzen*
- *Volkswirtschaft*
- *Regionale, nationale und internationale Übersichten*

320 Seiten, 11,5 x 16,5 cm, zahlreiche 2-farbige Schaubilder,
12,78 Euro / (zuzüglich Versandkosten) Artikel-Nr. 1111 01001, ISBN 3 - 934 338 -12-7

Ihre Bestellung richten Sie bitte an:

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Böblinger Straße 68, 70199 Stuttgart; Telefon (0711) 641-2866;
Telefax (0711) 60 18 74 51; E-Mail: vertrieb@stala.bwl.de; Internet: www.statistik-bw.de

